Vorlage

Vorlage Nr.: 20/009/2019

Federführung: Abt. 20 - Finanz- und Haushaltsabteilung	Datum: 14.01.2019
Verfasser: Hermann Theder	AZ: 2/20/Th/Bau

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung	22.01.2019	Vorberatung
Verwaltungsausschuss	05.02.2019	Vorberatung
Rat	06.03.2019	Entscheidung

Gegenstand der Vorlage

Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2016

Sachverhalt:

Gemäß § 4 Abs. 3 i.V.m. § 19 Abs. 1 und 3 GemHKVO sind die Haushaltsansätze für Aufwendungen und der hierzu gehörenden Auszahlungen einschließlich der Haushaltsreste innerhalb eines Budgets gegenseitig deckungsfähig. Die Zuordnung von Produkten / Kostenträgern zu einzelnen Budgets erfolgt über die Festsetzungen des Haushaltsplans (2016: Seite 10-18).

In den Budgets der Kostenträger sind folgende Aufwendungen nicht enthalten:

Personalaufwendungen	Aufwandskonten: 40 - 41
Abschreibungen	Aufwandskonten: 47*
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	Aufwandskonten: 4211 *
Mieten und Pachten	Aufwandskonten: 4231 *
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	Aufwandskonten: 4241 *

Diese aus den Budgets ausgenommenen Aufwendungen (und dazugehöriger Auszahlungen) wurden gemäß § 19 Abs. 2 GemHKVO jeweils für den Gesamthaushalt für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Im Finanzhaushalt sind die Auszahlungsansätze für Investitionen innerhalb eines Budgets gegenseitig deckungsfähig. Die Zuordnung von Investitions-Nummern zu Budgets erfolgt ebenfalls über die Festsetzungen des Haushaltsplans (2016: Seite 153 ff.).

Für die Genehmigung der nicht durch Budgets abgedeckten danach verbleibenden über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen ist bis zu einem Betrag von 10.000 € der Bürgermeister zuständig (§ 6 der Haushaltssatzung 2016).

a) Über- bzw. außerplanmäßige **nichtinvestive** Aufwendungen, die gemäß §§ 58 und 117 NKomVG vom Rat der Stadt Lohne zu genehmigen sind, sind bei den nichtinvestiven Budgets im Jahr 2016 wie folgt aufgetreten:

- Insgesamt trat beim Budget 2/01 2016 eine Überschreitung des Aufwands-Ansatzes um 2.591.661,43 € ein.

Davon entfallen 639.591,00 € auf über dem Ansatz liegende Gewerbesteuerumlagezahlungen: im Nachtragshaushalt 2016 war von Einzahlungen von 18,5 Mio. € ausgegangen worden, während tatsächlich Gewerbesteuer-Einzahlungen von 21,568 Mio. € in 2016 erzielt wurden. Statt einer geplanten Gewerbesteuerumlage von 3.870.000 € waren im Rechnungsjahr 2016 daher 4.509.591€ abzuführen. Diese einnahmeabhängige zusätzliche GewSt-Umlage stellt (siehe Haushaltsvermerk des Jahres 2016, Seite 20 im Haushaltsplan) per Definition keinen überplanmäßigen Aufwand dar, so dass rechtlich ein überplanmäßiger Aufwand von 1.952.070,43 € entstanden ist.

Aufgrund der hohen Steuereinnahmen im Zeitraum 1.10.2015 – 30.9.2016 wurden im Jahr 2017 um über 1,4 Mio. € höhere Kreisumlagezahlungen gegenüber dem Vorjahr (bei fiktiv konstanten Kreisumlagesätzen) fällig. Ohne die erhöhten Einnahmen wäre zudem 2017 die Zahlung einer Finanzausgleichsumlage gemäß § 16 Nds. FAG entfallen, die zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses 2016 mit ca. 640.000 € erwartet wurde.

Für diese im Folgejahr zu erwartenden zukünftigen erhöhten Auszahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs wurden im Jahresabschluss 2016 gemäß § 45 Abs. 1 Nr. 6 GemHKVO Rückstellungen in Höhe von 1,4 Mio. € bzw. 0,6 Mio. € gebildet. Diese Rückstellungsbildungen von 2,0 Mio. € stellen zusätzlichen (überplanmäßigen) nichtzahlungswirksamen Aufwand bei den entsprechenden Sachkonten des Jahres 2016 dar und sind Ursache für die o.g. Budgetüberschreitung.

Im Jahr 2017 verminderten ihre Auflösungen dann den Aufwand und entlasten dessen Jahresergebnis.

Im Bereich der außerordentlichen Aufwendungen entstand im Jahr 2016 Aufwand von insgesamt 541.550,06 €. Dieser setzte sich wie folgt zusammen:

Sachkonto	Name	Aufwand
5111000	Aufwand im Zusammenhang mit Katastrophen u.ä. Ereignissen	23.296,21 €
5111003	Aufwendungen Brand Wiesenhof	83.816,45 €
5129000	Sonstige periodenfremde Aufwendungen	119.387,24 €
5131000	Außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachvermögen	1.870,47 €
5321000	Aufwand aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	313.179,69 €

Im Ansatz eingeplant waren 200.000 €, so dass überplanmäßige Aufwendungen von 341.550,06 € entstanden. Neben den einmaligen außerordentlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Brand bei der Geflügelschlachtereier OGS von über 83.000 € und zeitlich periodenfremden Aufwendungen z.B. für Kindergartenabrechnungen von Vorjahren sind im Zusammenhang mit Grundstücksangelegenheiten Aufwendungen entstanden. Auf der Ertragsseite sind andererseits erhebliche außerordentliche Mehreinnahmen entstanden.

b) Die folgenden geleisteten **investiven** Auszahlungen 2016 waren nicht durch bereitgestellte Haushaltsmittel, Deckungsfähigkeit oder den § 6 der Haushaltssatzung beordnet:

<u>Nr.</u>	<u>Inv.-Nr.</u>	<u>üpl / apl.</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Betrag</u>
1	10/145	apl	Anteilige Erstattung an den OOWV für investive Kosten des Regenwasser-Kanals, ohne zugehörige Straßen (Regenrückhaltebecken)	80.067,83 €
2	15/066	apl.	Sammelposten (150-1.000 € netto) für Flüchtlinge in Containern / Mietwohnungen	28.728,98 €
3	15/069	apl.	Containerplätze Grundstücksvorbereitung	214.042,08 €
4	15/070	apl.	Containerplätze Aufbauten	16.880,89 €
5	16/031	apl.	Ausstattungsgegenstände für Flüchtlinge 2016: Wohnungen in städtischem Eigentum	14.540,00 €
6	16/040	apl.	Beheizung Freibad (Planungskosten fielen bereits in 2016 an, HH-Ansatz erst in 2017), Nettobetrag	11.050,00 €
7	---	apl.	Abbrucharbeiten Lerchentel, bereits in den o.g. außerordentl. Aufwendungen enthalten (siehe Seite 37 des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes),	59.198,82 €

Die Höhe der Gesamtauszahlungen im Jahr 2016 aus laufender Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit betrug im Jahr 2016 47,482 Mio. €. Die o.g. Auszahlungen sind im Verhältnis zum Gesamthaushalt unerheblich i.S.d. § 117 NKomVG. Für sie ist gemäß §§ 58 und 117 NKomVG eine Genehmigung durch den Rat der Stadt Lohne erforderlich. Die außerplanmäßigen Auszahlungen waren unvorhergesehen und unabwendbar, ihre Deckung war gewährleistet.

Beschlussempfehlung:

Es wird empfohlen, den im Sachverhalt unter a) und unter b) lfd. Nr. 1) – 7) dargestellten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen des Jahres 2016 gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 in Verbindung mit § 117 NKomVG zuzustimmen.

Gerdesmeyer